



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0031/2022

Vorlage: ST/0025/2022		Datum: 16.03.2022	
Dezernat 1			
Verfasser:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten	Az.:	
Betreff: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Resolution Ukraine			
Gremienweg:			
24.03.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	verworfen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Die Stadt Koblenz verurteilt den rücksichtslosen Angriff auf die Ukraine auf das Schärfste. Ein solcher Bruch des Völkerrechts ist inakzeptabel, denn das Leid, das mit dem Krieg über die ukrainische Bevölkerung hereinbricht, ist unerträglich. Viele Menschen müssen jetzt ihre Heimat verlassen und Schutz vor Krieg, Verfolgung und Unterdrückung suchen.

Die Stadt Koblenz nimmt deshalb Geflüchtete aus der Ukraine gerne auf. Sie tut dies seit Kriegsbeginn auch ohne Zuweisungen des Landes. Alle Menschen, die bisher nach Koblenz gekommen sind und hier bleiben wollen, konnten sich nach Abstimmung mit dem Land Rheinland-Pfalz unmittelbar in Koblenz registrieren und mussten nicht zuvor in die Erstaufnahmeeinrichtung nach Trier. Bis heute konnten auf diesem Wege 494 Geflüchtete (Stand: 17.03.2022) vorregistriert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt werden diese dann auch auf das Koblenzer Kontingent des Königsteiner Schlüssels angerechnet.

Zudem hat die Stadt bis heute 11 Zuweisungen (Stand 17.03.2022) vom Land erhalten. Insgesamt konnten so in den vergangenen Tagen und Wochen Menschen 351 (Stand 17.03.2022) in Koblenz Zuflucht finden und aufgenommen werden.

Dabei konnten die Menschen Wohnraum beziehen, den die Stadt bereitstellte. Zahlreiche Geflüchtete wohnen aber auch bei Freunden und Bekannten oder profitieren von der enormen Hilfsbereitschaft der Koblenzerinnen und Koblenzer. Hier zeigt sich gegenwärtig besonders, wie sehr die Stadt für Menschen in Not zusammensteht. Viele von ihnen haben angeboten, Ukrainerinnen und Ukrainer auch privat aufzunehmen oder haben der Stadt kurzfristig Wohnraum für die Unterbringung zur Verfügung gestellt. Dafür ist die Stadt sehr dankbar und weitet parallel ihre eigenen Wohnraumkapazitäten – auch in Zusammenarbeit mit Bundes- und Landesbehörden – kontinuierlich aus.

Um die Menschen angemessen betreuen zu können, spielen zudem Maßnahmen der Integration, die Aufnahme in Schulen und Kitas, die Bereitstellung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Gesundheitsversorgung, Sprachkurse, Vereinsangebote u.v.m. eine wichtige Rolle. Neben der Verwaltung engagieren sich hier die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gesundheitseinrichtungen, und viele freiwilligen Initiativen.

Auf diese Weise engagiert sich die gesamte Stadt bei der Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen auf vorbildliche Weise. Dies wird die Stadt auch weiterhin tun und solange die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, gerne auch Menschen über den Zuweisungsschlüssel hinaus

aufnehmen. Um dies zu tun, müssen die entsprechenden Kapazitäten aber vorhanden sein, damit die Stadt allen Geflüchteten auch eine angemessene Unterkunft und geeignete Integrationsangebote bieten kann. Die dafür notwendige Infrastruktur wird die Stadt weiter ausbauen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung begrüßt aus diesem Grund die Beschlussfassung des Antrags, empfiehlt aber folgende Ergänzungen:

„Die Stadt erklärt sich bereit – soweit die erforderlichen Kapazitäten zur Unterbringungen und Integration vorhanden sind – ukrainische Flüchtlinge auch über die Zuweisung durch den Königsteiner Schlüssel hinaus aufzunehmen und trifft alle Vorbereitungen, den verzweifelten und teils traumatisierten Menschen eine sichere und freundliche Heimstatt zu bieten, bis sie wieder in ihr Land zurückkehren können.“